

Kriegskosten und Banknotenumlauf.

Erklärungen im ungarischen Finanzausschusse.

Wien, 18. Februar.

Im ungarischen Finanzausschusse kam heute das Budgetprovisorium für März und April zur Verhandlung. An dieser nahm zum erstenmal der neue Finanzminister Geheimrat Dr. Popovics teil, der das Budgetprovisorium eingehend begründete. Der Finanzminister machte Mitteilung über die gegenwärtige Höhe der Kriegskosten. Die Kosten Ungarns stellen sich jetzt im Durchschnitte monatlich auf 740 bis 760 Millionen Kronen. Daraus ist zu folgern, daß die gesamten Kriegskosten der Monarchie in jedem Monat rund 2000 Millionen Kronen betragen und daß auf Oesterreich etwa 1210 Millionen Kronen entfallen. Finanzminister Dr. Popovics erklärte ferner, daß der Banknotenumlauf in der letzten Zeit einen kleinen Rückgang erfahren habe und Ende Dezember des abgelaufenen Jahres 185 Milliarden Kronen betrug. Er bezeichnete die Emission von Schatzscheinen als Mittel zur Verringerung der Inflation. Die Oesterreichisch-ungarische Bank sei in der letzten Zeit und insbesondere im laufenden Jahre für die Deckung der Kriegskosten nicht in Anspruch genommen worden. Sowohl der Finanzminister als der Ministerpräsident machten Mitteilungen über die Kriegsgefangenen. Dr. Wekerle erklärte, daß mit Rücksicht auf die Zustände in Rußland die Heimkehr der sibirischen Kriegsgefangenen nicht beschleunigt werden könne. Finanzminister Popovics bemerkte, daß aus dem gleichen Grunde die Versorgung der Kriegsgefangenen mit Geld erschwert werde. Der Finanzminister kündigte ferner an, daß er neue Einnahmsquellen für die Erfordernisse des Finanzdienstes eröffnen werde. Ueber die Sitzung des Finanzausschusses liegt der folgende Bericht vor:

Beratung des Budgetprovisoriums im ungarischen Finanzausschusse.

Budapest, 18. Februar.

Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beriet heute unter Vorsitz des Präsidenten Ludwig Pang das Budgetprovisorium für März und April.

Der Präsident begrüßte zunächst den neuernannten Finanzminister.

Abg. Johann Teleszky (Arbeitspartei) führte aus, daß er als vormaliger Finanzminister das Budget pro 1917/18 zusammengestellt und in dem Voranschlage für das Finanzerefordernis der fünften Kriegsanleihe Sorge getragen habe. Seit jener Zeit seien aber auch die sechste und siebente Kriegsanleihe emittiert worden. Das Finanzerefordernis zusammen mit dem Erfordernis für die Verbesserung der Lage der Beamten bedeute eine neue Belastung von jährlich 73 Millionen Kronen. Diesen Ausgaben stehen bloß neue Einnahmen von 47 Millionen Kronen gegenüber, welche durch Erhöhung der Zuckersteuer und der Weinproduktionssteuer einfließen werden. Er halte es für unerlässlich, daß zur Deckung der neuen Erfordernisse auch neue Einnahmsquellen eröffnet werden. Redner stellt die Frage, wie sich der Banknotenumlauf und die Verschuldung der beiden Staaten an die Notenbank gestalten. Das Verfahren behufs Erhöhung der Tarife für den Frachtenverkehr halte er nicht für entsprechend. Nach seiner Auffassung sei die Grundlage verfehlt. Er würde es für wünschenswert halten, daß die jetzigen Vereinbarungen mit Oesterreich sobald als möglich gekündigt werden und daß die Tarife prozentualiter erhöht werden.

Abg. Levay (Arbeitspartei) erörtert die Konsolidierung der Darlehen in Deutschland und den Schutz der valutatorischen Interessen.

Abg. Baron Geza Bay (Arbeitspartei) beklagt die in der letzten Zeit eingetretene Strenge bei den Requisitionen.

Erklärungen des Finanzministers und Ministerpräsidenten.

Finanzminister Dr. Popovics dankt zunächst für die Begrüßung durch den Präsidenten. Er erklärt, er werde darauf bedacht sein, neue Einnahmsquellen zur Deckung der durch den Krieg erwachsenen neuen Erfordernisse zu eröffnen. Er bemerkt: Die beiden Staaten haben in der letzten Zeit, namentlich im laufenden Jahre, die Oesterreichisch-ungarische Bank für die Deckung der Kriegsauslagen nicht in Anspruch genommen. Der Banknotenumlauf zeigt seit dem 31. Dezember 1917 einen gewissen Rückgang, indem die ausgewiesenen 187 Milliarden auf 186 Milliarden zurückgegangen sind. Das ist noch immer ein großer Banknotenumlauf, und es ist ein geringer Trost, daß mehrere kontinentale Staaten gleichfalls nicht in einer besseren Lage sind als wir. Für die Verminderung der Inflation stehen sehr geringe technische Mittel zur Verfügung, solange als Grundlage der Banknotenemission in erster Reihe der Kredit der beiden Staaten figurirt. Zu diesen technischen Mitteln gehört auch die Emission der Schatzscheine. Man darf jedoch die Wirkung nicht überschätzen.

Der Finanzminister teilt sodann mit, daß bei den Mobilisierungsausgaben im engeren Sinn in der letzten Zeit ein gewisser Rückgang wahrnehmbar sei. Dies stehe mit den letzten Kriegereignissen im Zusammenhang. Wenn man jedoch die gesamten Kriegskosten veranschlage, so zeige sich bei diesen eine Erhöhung insofern, als im Durchschnitt monatlich 740 bis 760 Millionen verausgabt werden. Früher hätten die entsprechenden Kosten monatlich 650 bis 690 Millionen betragen.

Mit Deutschland werden Verhandlungen geführt, welche sich in der Atmosphäre bewegen, die der gemeinsamer geführte Krieg zwischen uns und Deutschland geschaffen hat.

Bezüglich der Kriegsgefangenen bemerkt der Minister, daß die Versorgung mit Geld dadurch erschwert werde, daß unter der Herrschaft der Bolschewiki ein vollständiges Chaos eingetreten und die Ueberweisung durch die Banken unmöglich sei. Auch befänden sich die Gefangenen nicht ständig an einem Ort.

Was die Zentrale der Finanzinstitute betreffe, so wünsche er das harmonische Zusammenwirken dieses Instituts mit den Banken aufrechtzuerhalten.

Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärt bezüglich der Frachttarife, daß eine Revision vorgenommen werden wird, wobei die Fachkreise angehört werden sollen. Die Reform habe übrigens die an sie geknüpften finanziellen Interessen vollkommen befriedigt.

Was die Lage der Kriegsgefangenen betrifft, so könne mit Rücksicht auf die in Rußland herrschenden Zustände die Heimkehr der sibirischen Kriegsgefangenen nicht beschleunigt werden. Es sei übrigens zu bemerken, daß die dänische Gesandtschaft mit der

174